

## Jahresbericht 2009-2010 (Juni-Juni)

*Wie jedes Jahr gilt an dieser Stelle der grosse Dank an die Vorstandsmitglieder für ihr ehrenamtliches Engagement im DJS-Vorstand. Der Vorstand hat sich im Berichtsjahr zu drei Sitzungen in Bern getroffen, viele Geschäfte konnten auf dem Zirkularweg (e-Mail) besprochen werden. Der Verband der DJS lebt in erster Linie über die Aktivitäten in den Sektionen. Wenn immer möglich empfehlen wir daher interessierten Neumitgliedern aus Regionen, wo es (noch) keine DJS Sektion gibt, sich einer DJS-Sektion in der weiteren Nähe anzuschliessen.*

### **Neues Plädoyer ab April 2010**

Ein wichtiger Schwerpunkt im Berichtsjahr war die weiter zu führende Diskussion um eine neue Struktur für die Fachzeitschrift Plädoyer (neue Herausgeberschaft). Im April 2010 erschien das erste vollständig französische Heft sowie die neue deutsche Ausgabe. Der DJS-Vorstand ist zuversichtlich, dass sich Plädoyer noch viele Jahre halten wird als unverzichtbares Organ in der rechtspolitischen Diskussion in diesem Land.

### **Minarettverbotsinitiative und Folgen**

Die DJS haben sich gemeinsam mit anderen Organisationen so gut es eben möglich war für ein NEIN zur Minarettverbotsinitiative engagiert. Der Ausgang der Abstimmung war denn auch für die DJS ein ziemlicher Schock. Die aktuelle Diskussion über Burkaverbote uam. ist eine ganz schlechte Entwicklung, sie zielt in erster Linie darauf ab, Menschen islamischen Glaubens noch mehr in die Ecke zu drängen und gängige Vorurteile gegen diese Religion zu zementieren. Es braucht deshalb unbedingt ein stärkeres innenpolitisches Gegengewicht, das nicht alleine von den politischen Parteien herkommen kann, die ja selber in einzelnen Fragen uneins oder unzuverlässig sind. Die am 29. Mai 2010 tagende Landhausversammlung in Solothurn wird von den DJS unterstützt. Es gilt, eine breite Allianz aufzubauen und zu stärken, die sich ohne Zögern und ohne politisch-taktisches Abwägen gegen angestrebte Verbote und Sonderjustiz-Gesetze stellt.

### **Nationale Anti-Folter-Kommission**

Leider wurde die Kandidatur der DJS bei der Bestellung der neuen Kommission nicht berücksichtigt. Obwohl wir uns frühzeitig und formell per Brief mit einem ausführlichen Dossier unserer Kandidatin beworben haben, erhielten wir bis dato weder eine Eingangsbestätigung noch ein Absageschreiben oder gar die Unterlagen zurück. Die „Unabhängige Kommission zur Verhütung von Folter“ besteht seit März 2010 und soll nach dem Wunsch des Präsidenten, Jean-Pierre Restellini bereits umgetauft werden. Restellini schlägt einen "weniger aggressiven" Namen vor wie z.B. "Nationale Kommission zum Besuch von Orten des Freiheitsentzugs". Der Ausdruck "Folter" sei verurteilend und infam, die Verantwortlichen von psychiatrischen Kliniken seien entsetzt, wenn die Kommission sie unter diesem Namen besuche.

*Die Kommission hat das uneingeschränkte Recht, alle Gefängnisse und Anstalten zu besuchen, wo sich Personen befinden können, denen die Freiheit entzogen ist. Sie gibt den zuständigen Behörden Empfehlungen ab*

und unterbreitet Vorschläge zu geltenden oder geplanten Erlassen. Die Kommission ist dem Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) zugeordnet.

Die Kommission setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Jean-Pierre Restellini, Dr. med., Präsident; Alberto Achermann, Dr. iur., Rechtsanwalt; Elisabeth Baumgartner, Rechtsanwältin; Léon Borer, Dr. iur. ehemaliger Kommandant der Aargauer Kantonspolizei; Claudine Haenni Dale, Beraterin für Menschenrechtspolitik; Stéphanie Heiz-Ledesma, Psychologin; Thomas Maier, Dr. med., Psychiater; Marco Mona, Dr. iur., Dr. h.c. rer. publ.; Alex Pedrazzini, Dr. iur., ehemaliger Tessiner Regierungsrat; Franziska Plüss, Oberrichterin; André Vallotton, ehemaliger Vorsteher des Amtes für Justizvollzug des Kantons Waadt; Esther Alder, Sozialarbeiterin

**Berner Kundgebungsreglement: definitiv keine Einschränkung des Demonstrationsrechts bezüglich Platzkundgebungen – Abstimmung zu einem „Entfernungsartikel“ steht aber bevor (13. Juni)**

Im Juni 2008 schlossen sich – auf Initiative der DJ Bern und der DJS – zahlreiche lokale und nationale Organisationen (Parteien, Gewerkschaften, soziale Institutionen) einer gemeinsamen Beschwerde gegen das vom Stadtparlament verabschiedete Kundgebungsreglement an. In der Hauptstadt sollten demnach Demonstrationen in der Regel nur noch als Platzkundgebungen bewilligt und Umzüge durch die Stadt zur Ausnahme werden. Da in Bern zahlreiche gesamtschweizerische Kundgebungen stattfinden hätte diese Einschränkung nationale Auswirkungen auf das Grundrecht der Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit gehabt. In erster Instanz (Regierungsstatthalteramt) wurde unsere Beschwerde gutgeheissen. Der Gemeinderat hat diesen Entscheid im Mai 2009 angefochten. Im Februar 2010 folgte das **Berner Verwaltungsgericht einstimmig** unserer Argumentation und hiess unsere Beschwerde vollumfänglich gut. Der Gemeinderat (wie auch das Stadtparlament) hat auf einen Weiterzug verzichtet, und diesen Sieg für die Grundrechte akzeptiert.

Am 13. Juni 2010 wird das Kundgebungsreglement allerdings erneut vor eine Prüfung gestellt: Das Stadtberner Stimmvolk muss darüber abstimmen, ob künftig mit einem sog. Entfernungsartikel Kundgebungsteilnehmende gebüsst werden können (mit bis zu Fr. 5000), wenn sie sich nicht umgehend entfernen, sobald die Polizei entschieden hat, dass eine bewilligte oder unbewilligte Demo aufzulösen ist. Gemeinsam mit SP und Grünen setzen sich die DJS bzw. die DJ Bern für eine Ablehnung ein.

**Rechtsgutachten medizinische Abklärungen IV Stellen**

In enger Zusammenarbeit mit der Sektion Bern der DJS und der Rechtsberatungsstelle UP konnte im März 2010 ein, von UP in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten (Prof. J.P.Müller) den Medien präsentiert werden. Untersucht wird darin insbesondere die Rolle der MEDAS, privatrechtlich organisierte und Gewinn anstrebende Unternehmen: Frei praktizierende Ärzte, welche an MEDAS angeschlossen sind, generieren aus deren Aufträgen bis zu 90% ihres Umsatzes. Das Risiko des Verlusts von lukrativen Gutachteraufträgen vermag jedoch den Anschein der Befangenheit zu begründen und verletzt damit die Garantie des fairen Verfahrens nach Art. 6 EMRK. Den von MEDAS erstellten Gutachten kommt gemäss ständiger bundesgerichtlicher Rechtssprechung eine überragende Bedeutung zu: Der Richter erkennt dem Gutachten bei der Beweiswürdigung volle Beweiskraft zu, solange nicht konkrete Indizien gegen dessen Zuverlässigkeit sprechen. Die von den Sachverständigen der MEDAS erstellten Gutachten sind unumstösslich. UP und DJS sehen das in Art. 6 EMRK verankerte Prinzip der Waffengleichheit verletzt. SP Nationalrätin und DJS-Mitglied Margret Kiener-Nellen hat im März 2010 einen entsprechenden Vorstoss eingereicht (Parlamentarische Initiative: Faire Begutachtung und rechtsstaatliche Verfahren).

### **Gesetzes-Vernehmlassungen**

Die DJS haben im Berichtsjahr zu folgenden eidgenössischen Vorlagen Stellung genommen. Wir danken allen sehr herzlich, die sich namens der DJS für diese wichtige rechtspolitische Arbeit die Zeit genommen haben. Die Stellungnahmen sind auf der Homepage der DJS abrufbar.

- Cyberkriminalität
- EG Rückführungsrichtlinie /u.a. Verkürzung Ausschaffungshaft von 24 auf 18 Monate)
- Asylsuchende und Auslieferungsverfahren
- Antirassismus Strafnorm (strafrechtl. Ahndung rassist. Symbole)
- Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes (BüG)
- Biometrische Ausländerausweise (zentrale Datenbank/Zugriff div. Stellen)
- Asylgesetzrevision (Aufhebung NEE und Aufhebung Hilfswerksvertretung, Verkürzung Beschwerdefristen auf generell 15 Tage)
- PolizeiaufgabenGesetz
- Unrechtmässige Verwendung von Vermögenswerten, die durch nicht arglistige Täuschung erlangt wurden - Strafverfolgung
- Bundesgesetz über die Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte politisch exponierter Personen

### **Folgende Organisationen und Kampagnen haben die DJS namentlich oder mit einem kleinen finanziellen Beitrag im Berichtsjahr unterstützt:**

AVIG Referendum, Beitritt zum Arbeitslosen-Referendumskomitees; neue GSoA Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht; 20 Jahre Fichenskandal, Sponsoringbeitrag an Filmprojekt & Chronologie; Verein für die Rechte illegalisierter Kinder; Türkei Delegation, Prozess gegen Murad Akincilar, Unia Sekretär aus Genf; Förderverein Menschenrechtsinstitution in der Schweiz; Kampagne Post Beijing; Ostermarsch 2010; Initiativkomitee Schutz vor Waffengewalt; Schweiz. Beobachtungsstelle für AsylG und AuG

### **Regelmässige Mitgliedschaften der DJS:**

- EJDM Europäische Demokratische JuristInnen
- Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik SVSP
- Verein „Pro Fri“, Schweiz. Feministisches Rechtsinstitut
- grundrechte.ch
- solidarité sans frontières

*Bern, im Mai 2010 / Catherine Weber, Geschäftsführerin DJS*

## Medienmitteilung der DJS – Beschlüsse der Delegiertenversammlung:

### ► SVP-Ausschaffungsinitiative und direkter Gegenvorschlag: Das 2 x Nein Komitee erhält weitere Unterstützung

Die Delegierten der Demokratischen Juristinnen und Juristen Schweiz, DJS haben am Wochenende an ihrer Jahresversammlung einstimmig beschlossen, die Ausschaffungsvorlagen mit einem 2 x Nein zu bekämpfen. **Die DJS appellieren an die Mitglieder des Nationalrates - insbesondere an die Fraktion der SP Schweiz - auch den direkten Gegenvorschlag abzulehnen, da er im Grundsatz genauso dem fremdenfeindlichen Ungeist der SVP-Initiative entspricht.**

Für den Entscheid der Delegierten der DJS, sich für ein 2xNein zu engagieren waren vor allem folgende Überlegungen massgebend:

- **Es würde ein Dreikreise-Modell im Strafrecht geschaffen, welches auch aus Sicht der DJS diskriminierende und rassistische Züge enthält und rechtsstaatlich nicht verantwortbar ist.**
- Initiative und Gegenvorschlag reichen sich ein in eine, aus Sicht der DJS höchst problematische Entwicklung, wonach die **Bundesverfassung mittels fragwürdiger Volksinitiativen immer mehr zum Strafgesetzbuch verkommt.**
- Zudem trifft die **Drohung mit dem Entzug des „Gastrechts“** immer mehr Menschen, die hier geboren und aufgewachsen und damit nur noch auf dem Papier Ausländer sind. Sie sind daher genauso Teil unserer Gesellschaft wie alle anderen Schweizerinnen und Schweizer auch.

Das geltende Strafrecht ist nach Ansicht der DJS genügend ausgebaut, um Straftäter - welcher Nationalität auch immer - mit gleichen Vorgaben für ihre Taten zu belangen. **Die Einführung eines Sonderstrafrechts wäre eine Aushöhlung des Prinzips der Rechtsgleichheit.**

### ► Hände weg vom UVG!

Weiter haben die Delegierten der DJS beschlossen, die anstehende Revision des Unfallversicherungs-Gesetzes UVG, welches v.a. auf Druck der Versicherungslobby massiv verschlechtert werden soll und u.a. auch von der SUVA in weiten Teilen abgelehnt wird **mit allen Mitteln zu verhindern.** Im Schatten anderer Themen hat die bürgerliche Mehrheit der Sozialkommission des Nationalrats im Januar dieses Jahres diesem Druck weitgehend nachgegeben. **Damit drohen Tausenden von verunfallten Bürgerinnen und Bürgern einschneidende Rentenkürzungen zugunsten neuer lukrativer Prämiengeschäfte der privaten Versicherungen.**

Die DJS fordern das Parlament auf, diese schädliche und überflüssige **Revision abubrechen** und damit das bislang gut funktionierende Unfallversicherungs-System zu erhalten.

Bern, den 30. Mai 2010

Catherine Weber, Geschäftsführerin DJS